



Neujahrsansprache des Präsidenten 2024

- Es gilt das gesprochene Wort -

17. Januar 2024

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Studierende,
liebe Freunde der Universität Potsdam,
sehr geehrte Damen und Herren

wie schon in den letzten Jahren ist der Blick auf die Weltlage der vergangenen zwölf Monate nicht wirklich erfreulich. Auch 2023 wurde zu einem Jahr massiver Krisen. Zwar ist es – dank Wissenschaft! – gelungen, die COVID-Pandemie stark einzudämmen. Auch das Campusleben ist von ihr übrigens kaum mehr betroffen. Aber dafür gibt es politische Krisen, die uns in unserem Innersten bewegen: Der sich quälend hinziehende, von Putin angezettelte Krieg in der Ukraine. Der grausame Angriff der Hamas auf Israel und die Konsequenzen für den gesamten Nahen Osten. Eine Zunahme von antisemitischen und rechtsradikalen Aktivitäten, auch hier in Brandenburg. Und über all dem: die Klimakrise – die nicht in Vergessenheit geraten darf ob all der anderen Probleme, mit denen wir uns herumschlagen.

Als Hochschulleiter fragt man sich natürlich jeden Tag: Was können wir Hochschulen zur Lösung dieser Probleme beitragen? Unsere finanziellen und personellen Ressourcen sind begrenzt. Aber wir verfügen über die Macht des Wortes und des Geistes. Wir können über unsere Lehre dafür sorgen, dass auch die kommenden Generationen reflektiert auf die komplexen Herausforderungen zu reagieren vermögen – durch hier erworbene Sachkenntnis und – nicht minder wichtig – dank der hier gelernten Diskurskultur und der Fähigkeit zur kritischen Analyse. Wir können über unsere Forschung zur Problemlösung beitragen. Ich erinnere beispielhaft an die auch an deutschen Universitäten erzielten Durchbrüche, die zu neuen Impfstoffen führten; zu neuen Strategien bei der Bewältigung der vertrackten Problemlagen in der Ukraine und im Nahen Osten; zur Nutzung von „Genschere“ bei der Behandlung angeborener Krankheiten; zu Fortschritten in der Kognitionsforschung, die es Schwerstkranken ermöglichen, ihre Gedanken wieder zu kommunizieren. Und schließlich können wir über den Transfer unserer Innovationen in die Praxis sehr direkt zur Verbesserung unserer Lebensverhältnisse beitragen. So gäbe es ohne die Hochschulen in Brandenburg sicherlich kein Tesla und keine 6% Wirtschaftswachstum. In diese Richtung wollen wir weitergehen; bald vielleicht auch über ein innovatives Beteiligungsmodell, mit dem die Universität Potsdam beihilfekonform die vielen Start-up-Unternehmen, die Jahr für Jahr aus ihr hervorgehen, noch effektiver unterstützen kann.

Trotz dieser Erfolge von Hochschulen nicht nur in Brandenburg stehen Universitäten weltweit in der Kritik. In den USA wurden drei meiner Amtskolleginnen vor dem amerikanischen Parlament im Dezember massiv für Ihr Hochschulmanagement im Kontext des eskalierten Nahost-Konflikts kritisiert, zwei der drei sind inzwischen zurückgetreten. Sabine_Hark von der TU Berlin präsentierte vor wenigen Wochen ihr neues Buch mit der Diagnose „Alte Strukturen und neue Anforderungen bilden ein toxisches Gemisch“, Universitäten weltweit befänden sich „im freien Fall“. Die Presse fragt, was zu tun sei, „wenn Israelhass an der Uni gelehrt wird“ oder Universitätsleitungen „vor dem akademischen Mob kapitulieren“.

Dass wir Universitäten kritisiert werden und mit dieser Kritik konstruktiv umgehen müssen, gehört zum Tagesgeschäft einer Institution, die wie kaum eine andere für Aufklärung und kontroversen Diskurs steht. Und dass Teile der Presse seit einigen Jahren unter existenziellem Druck stehen und daher reißerische Nachrichten – „breaking news“ – generieren, um so die Klickraten zu steigern und Leser zum Durchbrechen der Bezahlschranke zu motivieren, ist auch nichts wirklich Neues.

Aber wenn man die Universität so massiv kritisiert wie nicht nur in den genannten Beispielen, dann stellt sich die Frage: Was will man denn stattdessen? Also ein konstruktives Misstrauensvotum, bitteschön: Wenn einem eine Struktur nicht zusagt, was wären attraktive Alternativen?

Wollen wir eine Universität, in der Professoren, Hochschulleitungen, die Politik oder die Presse bestimmen, was gesagt werden darf oder nicht? In der man nur noch äußern dürfte, was gerade Mainstream ist? Wollen wir eine Universität, in der Externe darüber entscheiden, welche Forschungsschwerpunkte gesetzt werden? Wollen wir eine Gesellschaft, in der wir den nachwachsenden Generationen vorschreiben, was sie zu studieren haben, was sie sagen und schreiben dürfen und was nicht?

Meine Antwort auf diese Fragen ist ein deutliches Nein. Ich denke nach wie vor, dass die positive Bilanz des bisherigen Erfolgsmodells Universität ganz zentral auf Autonomie, auf akademischer Selbstverwaltung, auf Redefreiheit, auf Freiheit von Forschung und Lehre und auf öffentlicher Förderung beruht. Letzteres ist übrigens kein Widerspruch zu den großen Erfolgen privater Universitäten, insbesondere im anglophonen Raum, denn auch dort kommen große Teile der Forschungsfinanzierung von der öffentlichen Hand. Dass die Rolle privater Förderer gerade in Krisenzeiten auch problematisch sein kann, haben wir gerade an den Beispielen Harvard und Stanford gesehen, wo die Redefreiheit plötzlich abhängig vom Wohlwollen der besagten Förderer zu sein schien.

Autonome, überwiegend öffentlich finanzierte Universitäten leisten weltweit einen unverzichtbaren Beitrag zum Gemeinwohl. Die Betonung liegt auf „autonom“ und „überwiegend öffentlich finanziert“. In Ländern wie Russland und China kann von „autonom“ natürlich keine Rede sein. Aber auch in anderen Ländern bröckelt es, ich verweise nur auf die außerordentlichen Verdienste unserer Voltaire-Preisträgerinnen und -Preisträger, die genau in solch schwierigen Situationen Großes geleistet haben, um die Autonomie und die Denk- und Redefreiheit zu sichern oder deren Niedergang zumindest zu verlangsamen. Die Autonomie der Wissenschaft, der Hochschulen, ist hierbei kein Selbstzweck. Sie dient der Gesellschaft, denn nur in Autonomie können wissenschaftliche Einrichtungen ihr Potenzial voll entfalten, nur so können sie bestmöglich zum Gemeinwohl beitragen. Und nur so können wir den kommenden Generationen das Rüstzeug mitgeben, das für die Bewältigung der schwierigen Krisen, die auf unsere Welt noch zukommen, notwendig ist.

Dass es für die Redefreiheit auch rote Linien geben muss, versteht sich von selbst. Diese roten Linien definiert in Deutschland zuallererst die Verfassung. Aber auch Sittenwidrigkeit und persönliche Beleidigungen sind rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen. Dies zu sichern, stellt Hochschulleitungen immer wieder vor Herausforderungen. Aber das ist Teil

unseres Jobs, und sicherlich nicht der unwichtigste. Denn man muss sich bei der Definition der roten Linien auch immer wieder gegen Teile der Presse und der Öffentlichkeit stellen.

Alles diesseits der roten Linien muss man hingegen aushalten. Auch wenn man es ganz furchtbar findet. Ganz im Sinne des Voltaire zugeschriebenen Zitats, das ich hier schon mehrfach rezitiert habe: „Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen.“ Diesseits der roten Linien gibt es keine Cancel Culture und keine Zensur. Alles andere liefe dem aufklärerischen Impetus, dem wir Universitäten uns verpflichtet fühlen sollten, strikt zuwider. Alles diesseits der roten Linien muss man auf dem Campus und auch öffentlich äußern dürfen. Damit dies auf unseren Campi auch möglich bleibt und damit alle, die von diesem Rederecht Gebrauch machen, sich auch sicher fühlen, haben wir entsprechende Vorkehrungen getroffen. Ich danke hiermit unseren Partnern im Verfassungsschutz und der Polizei, dass sie uns auf diesem schwierigen Weg begleiten. Dank gebührt aber vor allem auch den Universitätsangehörigen selbst, den Studierenden und ihrer Vertretung, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie sich von negativen äußeren Einflüssen nicht einschüchtern lassen, sondern in den Hörsälen und auch öffentlich klar ihre Meinung vertreten, dabei die roten Linien anerkennen und diese ggf. von ihren Mitdiskutanten einfordern.

Dergestalt ist das Modell Universität auch ein Zukunftsmodell. Die globale Rückkehr der Präsenzuniversität post COVID hat gezeigt, dass das gemeinsame Lehren und Lernen auf dem Campus nach wie vor essenziell für die Persönlichkeitsbildung ist. Auch die u.a. von Wilhelm von Humboldt inspirierte Einheit von Forschung und Lehre hat alles andere als ausgedient. Ja gewiss, man „braucht“ nicht alles, was man auf unseren Campi lernt, später im Beruf. Aber das Über-den-Tellerrand-Blicken, das sich aus der forschungsbasierten Lehre ergibt, ist nach wie vor eine gute Vorbereitung auf die Bewältigung der schwierigen Probleme, die zukünftige Generationen meistern müssen – und werden. Dies gilt übrigens nicht nur für die grundständige Lehre, sondern auch für die Fort- und Weiterbildung, der wir uns an der Universität Potsdam in den kommenden Jahren verstärkt zuwenden möchten. Ein ganz besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern – ein Bereich, der in Deutschland massiv im Argen liegt.

Und noch ein letztes Wort zur Forschung: Insbesondere durch die Klimakrise sowie durch COVID wurde vielen deutlich, dass Wissenschaft immer auch Kontroverse bedeutet und dass aktuelle Forschung durch unterschiedliche, oft auch konfligierende Hypothesen geprägt ist. Wenn wir die Wahrheit schon kennen würden, bräuchten wir ja keine wissenschaftlichen Untersuchungen mehr. Dass die Forschung vielstimmig ist, darf freilich nicht als Beliebigkeit interpretiert werden. Ihr Erfolg äußert sich ja gerade darin, dass sich unter unterschiedlichen Hypothesen eine oder einige wenige herauschälen, die von der großen Mehrheit der beteiligten Forscherinnen und Forscher mitgetragen werden. Und der daraus resultierende Stand der Erkenntnis sollte das sein, was von der Politik als Entscheidungsgrundlage genutzt wird. Etwas Besseres haben wir nämlich nicht.

Spitzenforschung, meine Damen und Herren, ist ein wichtiger Standortfaktor für ein Land im Aufbruch wie Brandenburg. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der ganzen Welt kommen zu uns nach Potsdam, um in unseren nunmehr vier Sonderforschungsbereichen und den vielen Graduiertenkollegs und Forschungsgruppen mitzuwirken. Die Verdopplung

der Anzahl der Sonderforschungsbereiche von zwei auf vier war im Dezember eine großartige Nachricht, die dann wenige Tage später noch durch den Leibniz-Preis für Frau Kollegin Herzsuh komplementiert wurde. Schon im Frühjahr erreichte uns die gute Nachricht einer Alexander-von-Humboldt-Professur für Frau Kollegin Stern, die von Harvard zu uns wechseln wird. 2023 war also trotz der schwierigen Weltlage ein großartiges Jahr für unsere Forschung – Dank an alle, die hier mitgewirkt haben. Und nun lassen Sie uns die Daumen drücken für unsere drei Anträge auf Exzellenzcluster: DYCOBE, das Potsdam Center for the Dynamics of Cognition & Behavior. IBE:CHANGE – Individual-based ecology for a changing world. Und WaterExtremes – From Global Change to Local Risk.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ohne Ihre Mitarbeit und Unterstützung wäre all dies nicht möglich gewesen. Dafür ganz herzlichen Dank und alles Gute für 2024! Ich freue mich auf viele persönliche Begegnungen und Gespräche mit Ihnen – heute Abend und in den kommenden Wochen und Monaten. Bleiben Sie uns gewogen!